

VKI VERSUS AWD

Vergleich brachte Foris 2,9 Millionen €

Sammelklagen gegen Ex-AWD: Anleger erhalten knappes Drittel des Kursschadens. Prozessfinanzierer Foris bekommt auch Kosten zurück – Republik kassiert fast eine halbe Million €.

WIEN. Es ist ein Kapitel in der österreichischen Anlegergeschichte, dessen Ende am Montag offiziell verkündet wurde. Der VKI hat sich im Zug des Mediationsverfahrens mit dem früheren Finanzstrukturvertrieb AWD (heute: Swiss Life Select, SLS) geeinigt: SLS zahlt 11,1 Millionen €, von denen rund vier Millionen € für den Prozessfinanzierer Foris und Kosten abgezogen werden.

Die Anleger erhalten somit von 23 Millionen € Kursverlusten (Richtkurs: 3103 € je Immofinanz-Aktie) netto sieben Millionen € zurück, was einer Quote von 30,4 Prozent entspricht. Im Durchschnitt haben daher unter Einrechnung der Zahlung von SLS (Vertretung: Kraft & Winteritz) die Anleger etwa 40 Prozent ihres Investments verloren. Zum Vergleich: In der Causa MEL vergleicht sich die Meinel Bank bei „Standardklagen“ (nicht verjährte Irrtumsanfechtungen) im Schnitt grob bei etwa 35 Prozent, die Anleger können ihre Papiere ebenfalls behalten.

Der VKI hatte rund 2500 Anleger vertreten, die 40 Millionen € via AWD in Immofinanz- und Immoeast-Aktien gesteckt hatten. Noch im April einigte man sich auf eine Mediation.

Die drei Mediatoren

Man setzte danach unter größtem Stillschweigen ein dreiköpfiges Mediatorenteam ein. Es bestand aus dem deutschen Psychotherapeuten Heiner Krabbe und zwei Österreichern, der Juristin Michaela Steinwendner und Gerhart Conrad Fürst, der laut Mediatorenliste als Unternehmensberater tätig ist. Laut Foris-Vorstand Peter Falk gestaltete sich die Mediation arbeitsintensiv – bis hin zu



Es war – abgesehen vom Fall Meinel – eine der am erbittertesten geführten Anleger-Streitigkeiten: Nun einigten sich der VKI und Ex-AWD Swiss Life Select

Allerdings: Der (erneute) Ausflug des deutschen Prozessfinanzierers nach Österreich war ein geschäftlicher Glücksgriff, weil VKI und SLS das Verfahren nicht bis zum OGH getrieben haben. Beim VKI ist seit Mai die unabhängige Verbraucherschlichtungsstelle etabliert.

Laut Falk hat Foris der Fall „vier Jahre beschäftigt“, seither hatte man einen „Kostenaufwand von 1,5 Millionen €“. Darunter fallen Gerichtsgebühren, Anwaltskosten oder 850.000 €, die man als Prozesskostensicherheit erlegen musste. Letztere werden nun frei. Weiters fielen Mediatorenkosten und Reisepesen an. Laut Handelsgericht Wien kostet ein Verfahren in erster Instanz bei 40 Millionen € Gesamtstreitwert 482.525 €.

Satter Gewinn in Bonn

Für den Risikokapitalgeber war die Finanzierung der VKI-Sammelklagen lukrativ: „Aus

zu leistenden Zahlungen wird Foris ein Erlösanteil von rund 2,9 Millionen € (vor Steuern, Anm.) zufließen“, vermeldeten die Bonner. „Zudem erhält Foris die von ihr übernommenen Verfahrenskosten erstattet“, womit „liquide Mittel aus Erlösanteil und ausgelegten Kosten von rund 4,5 Millionen € zufließen“.

Gewinn und Verlust liegen hier nahe beieinander: Wäre der Prozess in die nächste Instanz gegangen, wären weitere 723.620 € Verfahrenskosten weg gewesen. Beim OGH wären es 964.827 € gewesen (Berechnungsbasis: 40 Millionen € Streitwert). Falls der VKI verloren hätte, hätten man ein Minus eingefahren.

Der VKI hat im Zug des AWD-Disputes Anzeige gegen den Ex-AWD-Boss Carsten Maschmeyer erstattet. Laut Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft läuft das Verfahren noch.

OLIVER JAINDL